

Gemeindekanzlei
Dorf 19
9411 Reute AR
Telefon 071 898 82 60
[e-mail: gemeindekanzlei@reute.ar.ch](mailto:gemeindekanzlei@reute.ar.ch)

Gemeinderat gegen Zwangsfusionen

Der Gemeinderat Reute hat sich in seiner Vernehmlassung zum Gegenentwurf zur Volksinitiative "Starke Ausserrhoder Gemeinden" gegen Zwangsfusionen ausgesprochen.

Eine fundierte Stellungnahme zu den vorgeschlagenen Varianten kann ohne Kenntnis der Grundzüge der nachfolgenden Gesetzgebung gar nicht gemacht werden.

Der Gemeinderat fragt sich, wie die Stimmberechtigten über Varianten abstimmen sollen, wenn überhaupt nicht klar ist, in welche Richtung die spätere Gesetzgebung gehen wird? Welche Gemeinden würden zum Beispiel in Variante 2 zwangsfusioniert? Welche Kriterien würden angewendet? Wie wären die Grossgemeinden organisiert?

Für den Gemeinderat ist klar, dass die Gesetzgebung nicht alleine aus der kantonalen Verwaltung kommen darf. Sie ist breit abgestützt zu erarbeiten, analog der Kantonsverfassung.

Die **Variante 3** wird grundsätzlich begrüsst. Die Namen der Gemeinden werden aus der Verfassung gestrichen und so der Weg für freiwillige Zusammenschlüsse freigemacht.

Wenn es zu zwangsweisen Zusammenschlüssen kommen soll, sind die Varianten 1 und 2 gegeneinander abzuwiegen.

Die **Variante 2** mit 4 bis 16 Gemeinden wird abgelehnt. Mindestens vier Gemeinden würden zwangsweise wegfusioniert, ohne dass auch nur die Kriterien für die Auswahl dieser Gemeinden bekannt wären. Der Regierungsrat hat sich bei der Ausarbeitung dieser Variante sicherlich Gedanken gemacht, in welche Richtung die Gesetzgebung gehen würde. Davon ist im erläuternden Bericht aber nichts ausgeführt.

Radikal, aber grundsätzlich realistischer wäre die **Variante 1**. Die nachfolgenden Erwägungen beziehen sich denn auch hauptsächlich auf diese Variante:

Hauptsächlicher Kritikpunkt ist die Ungewissheit, wie die Interessen der ehemaligen kleinen Gemeinden in der Grossgemeinde vertreten werden können. Es wird befürchtet, dass lokale Anliegen untergehen und sich die Grossgemeinde auf die Interessen der Zentren konzentriert.

In den heutigen Gemeinden entscheidet die lokale Bevölkerung, was sie sich leisten will, sei es beispielsweise bezüglich Infrastruktur, Heimwesen oder der Schule. Eine Grossgemeinde ist ungleich höher dem ökonomischen Druck unterworfen. Lokales Engagement sucht andere Lösungen als eine rein technische Verwaltung.



Völlig unklar ist, wie eine Grossgemeinde politisch organisiert wäre. Würde das Modell Herisau auf alle Gemeinden angewendet, mit einem Einwohnerrat, der in einem Parteienproporz gewählt wird? Der Einfluss der einzelnen EinwohnerIn wird auf jeden Fall geringer, das Interesse am lokalen Geschehen kleiner. In einer kleinen Gemeinde (und dazu sind wohl alle Vorderländer Gemeinden zu zählen) ist es einfach, sich einzubringen und Einfluss auf das lokale Geschehen zu nehmen. Dies wird in einer zwangsfusionierten Grossgemeinde ungleich schwieriger.

12.11.2020 Gemeindeganzlei Reute

